

Lukas Stingl

Die soziale Verantwortung der  
Kapitalgesellschaften vor dem Hintergrund  
der europäischen CSR-Richtlinie



**Nomos**

**Gesamtes Recht der Unternehmen und Finanzen**

Herausgegeben von

Prof. Dr. Roland Broemel

Prof. Dr. Georg Hermes

Prof. Dr. Matthias Jahn

Prof. Dr. Katja Langenbucher

Begründet von Prof. Dr. Brigitte Haar

Band 1–4 erschienen in

„Recht der Unternehmen und Finanzen“

**Band 6**

Lukas Stingl

Die soziale Verantwortung der  
Kapitalgesellschaften vor dem Hintergrund  
der europäischen CSR-Richtlinie



**Nomos**



Onlineversion  
Nomos eLibrary

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Köln, Univ., Diss., 2019

ISBN 978-3-8487-6691-8 (Print)

ISBN 978-3-7489-0802-9 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

*Für Jakob (\* 16. April 2020)*



## Vorwort

Galt Corporate Social Responsibility („CSR“) in der gesellschaftsrechtlichen Literatur noch bis vor wenigen Jahren als eine der juristischen Analyse kaum zugängliche Modeerscheinung, wurde sie mittlerweile als eines der großen Gegenwarts- und Zukunftsthemen des Aktien-, Bilanz- und Kapitalmarktrechts entdeckt. Und in der Tat wäre es verfehlt, das Konzept der sozialen Verantwortung von Kapitalgesellschaften als eine bloß vorübergehende Mode abzutun, hat es doch spätestens mit der im April 2017 in nationales Recht umgesetzten Richtlinie 2014/95/EU Einzug in die deutsche Rechtsordnung gehalten. Kernstück dieser sog. CSR-Richtlinie ist die nunmehr in den §§ 289b ff., 315b f. HGB für kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaften einer bestimmten Größe normierte Pflicht, eine nichtfinanzielle Erklärung in ihren Lagebericht aufzunehmen. Auf diese Weise soll nicht nur die CSR-Berichterstattung in den EU-Mitgliedstaaten auf ein vergleichbar hohes und konsistentes Niveau gehoben werden. Vielmehr besteht der eigentliche Zweck der nichtfinanziellen Erklärung darin, die betroffenen Kapitalgesellschaften über den Weg der Berichterstattung stärker dazu zu bewegen, ihre soziale Verantwortung zu erkennen und wahrzunehmen. Dieser Zweck, der die nichtfinanzielle Erklärung als ein Instrument indirekter Verhaltenssteuerung ausweist, wirft mehrere Fragen auf, die diese Arbeit zu beantworten versucht hat: Woher kommt der Ruf nach einer sozialen Verantwortung von Kapitalgesellschaften? Was ist gemeint, wenn von einer solchen Verantwortung die Rede ist? Geht es um die Einhaltung des geltenden Rechts oder um eine Verantwortung jenseits des rechtlich Gebotenen? Worauf basiert eine etwaige Verantwortung, die über das rechtlich Gebotene hinausgeht und was hat sie zum Gegenstand? Welche Sozialverantwortung tragen Kapitalgesellschaften und ihre Organe bereits nach geltendem Recht? Wie wirken sich die CSR-Richtlinie und ihre Umsetzungsvorschriften auf diese Verantwortung aus? Inwieweit ist es den Organen einer Kapitalgesellschaft im Rahmen des geltenden Gesellschaftsrechts überhaupt möglich, eine etwaige Sozialverantwortung jenseits des rechtlich Gebotenen wahrzunehmen? Und schließlich: Sind die CSR-Richtlinie und ihre Umsetzungsvorschriften mit höherrangigem Recht zu vereinbaren? Ist es einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat wie dem des Grundgesetzes gestattet, auf die Wahrnehmung einer Sozial-

*Vorwort*

verantwortung jenseits des rechtlich Gebotenen hinzuwirken und diesbezügliche Rechtfertigungspflichten zu statuieren?

Diese Arbeit wurde im Sommersemester 2019 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln als Dissertation angenommen. Mein besonderer Dank gilt Frau Prof. Dr. Grunewald, die diese Arbeit betreut und fördernd begleitet hat. Bei Frau Prof. Dr. Dauner-Lieb bedanke ich mich für die ausgesprochen zügige Erstellung des Zweitgutachtens sowie eine angenehme und gedanklich anregende mündliche Prüfung. Herzlich bedanken möchte ich mich darüber hinaus bei Frau Dr. Birgit Spießhofer für ihre schnelle Hilfe bei der Herstellung des Kontakts zu Herrn Prof. Dr. Rux von der Nomos Verlagsgesellschaft.

Besonders dankbar bin ich aber meinen Eltern Regina und Martin Stingl für ihre langjährige Großzügigkeit und Unterstützung sowie meiner Frau Laura Leibrock-Stingl für ihre Geduld während der berufsbegleitenden Entstehung dieser Arbeit.

Landau in der Pfalz, April 2020

Lukas Stingl

## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	29
1. Kapitel	37
§ 1 Einleitung und Gang der Untersuchung	37
§ 2 Die historische Entwicklung des CSR-Konzepts	45
A. 1950 - 1979: Anfänge und erste Hochphase	45
I. Erste Definitionsversuche	45
II. Die Anfänge der (rechts-)wissenschaftlichen CSR- Debatte in Deutschland	47
III. Frühe Kritik	48
B. 1980 bis 1999: Entwicklung weiterer Konzepte	48
C. 2000 bis heute: Die Phase der Institutionalisierung	49
I. Die Entwicklung von Rahmenwerken auf internationaler Ebene	49
1. Der Global Compact der Vereinten Nationen (UNGC)	50
2. Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte	51
3. Die ISO 26000	52
II. Die Entwicklung auf EU-Ebene	54
1. 2000 bis 2010: Die Phase der Freiwilligkeit	54
a) Die Vorgeschichte	54
b) Das CSR-Verständnis der EU-Kommission bis 2010	55
2. 2010 bis heute: Die Phase zunehmender normativer Verbindlichkeit	57
III. Die Entwicklung auf nationaler Ebene	60
D. Zusammenfassung	61
§ 3 Die CSR-Richtlinie und ihre Umsetzung in das nationale Recht	61
A. Vorgeschichte und Gesetzgebungsverfahren	61
B. Der (Konzern-)Lagebericht gemäß §§ 289, 315 HGB	64
I. Grundlegendes	64
II. Inhalt und Zweck des (Konzern-)Lageberichts	65

*Inhaltsverzeichnis*

III. Adressaten des (Konzern-)Lageberichts	67
1. Aufsichtsrat und Mitgliederversammlung	67
2. Abschlussprüfer	67
3. Einzelne Stakeholder und Allgemeinheit	68
C. CSR-Berichterstattung nach der bis zum 18.04.2017 geltenden Rechtslage	68
I. Analyse nichtfinanzieller Leistungsindikatoren gemäß §§ 289 Abs. 3, 315 Abs. 1 S. 4 HGB a.F.	68
1. Grundlagen	68
2. Die inhaltlichen Grenzen der §§ 289 Abs. 3, 315 Abs. 1 S. 4 HGB a.F.	69
a) Beschränkung auf „nichtfinanzielle Leistungsindikatoren“	69
b) Bedeutsamkeit für das Verständnis des Geschäftsverlaufs oder der Lage	71
c) Die für die Geschäftstätigkeit bedeutsamsten nichtfinanziellen Leistungsindikatoren	72
3. Der begrenzte Zweck der §§ 289 Abs. 3, 315 Abs. 1 S. 4 HGB a.F.	72
II. Freiwillige CSR-Berichterstattung	73
D. CSR-Berichterstattung nach neuem Recht	74
I. Die mit der CSR-Richtlinie verfolgten Ziele	74
1. Die unmittelbaren Ziele der CSR-Richtlinie	74
a) Verbesserung von Transparenz, Relevanz, Konsistenz und Vergleichbarkeit	74
b) Nichtfinanzielle Informationen für die Unternehmen und ihre Stakeholder	75
2. Die mittelbaren Ziele der CSR-Richtlinie	76
a) Der Modus indirekter Verhaltenssteuerung	76
b) Mittelbare Ziele auf der Mesoebene	77
aa) Stärkere Wahrnehmung von CSR	77
(1) Aufgrund autonomer Leistung der Unternehmen	77
(2) Aufgrund heteronomer Beeinflussung des Unternehmens durch nichtstaatliche Stakeholder	79
(a) Die CSR-Richtlinie als Mittel zur Statuierung der Rechenschaftspflicht	80

(b)	Die CSR-Richtlinie als Mittel zur Erzeugung von Markttransparenz und Marktanreizen	81
bb)	Verbesserung der Geschäftsergebnisse der betroffenen Unternehmen	81
c)	Mittelbare Ziele auf politisch-volkswirtschaftlicher Makroebene	82
II.	Die nichtfinanzielle (Konzern-)Erklärung	83
1.	Die verpflichteten Unternehmen	83
a)	Unternehmen von öffentlichem Interesse	83
aa)	Der Anwendungsbereich des Art. 1 RL 2013/34/EU	84
bb)	Die vier Kategorien des Art. 2 Nr. 1 RL 2013/34/EU	84
b)	Die Größenmerkmale	86
aa)	Große Kapitalgesellschaft mit durchschnittlich mehr als 500 Arbeitnehmern	86
bb)	Mutterunternehmen eines großen Konzerns mit durchschnittlich mehr als 500 Arbeitnehmern	87
c)	Kleine und mittlere Unternehmen	87
2.	Der Inhalt der nichtfinanziellen (Konzern-)Erklärung	89
a)	Die ausdrücklich genannten Aspekte	89
b)	Die sonstigen Aspekte	90
c)	Wesentlichkeit	91
d)	Weiterer Inhalt der nichtfinanziellen (Konzern-)Erklärung	92
aa)	Kurze Beschreibung des Geschäftsmodells	93
bb)	Beschreibung der Konzepte, Due-Diligence-Prozesse und ihrer Ergebnisse	93
(1)	Beschreibung der verfolgten Konzepte	94
(2)	Beschreibung der Due-Diligence-Prozesse	94
(3)	Die Ergebnisse der verfolgten Konzepte	96
cc)	Die wesentlichen Risiken	96
(1)	§§ 289c Abs. 3 Nr. 3, 315c Abs. 1 HGB	97
(2)	§§ 289c Abs. 3 Nr. 4, 315c Abs. 1 HGB	99
dd)	Die wichtigsten nichtfinanziellen Leistungsindikatoren	99

*Inhaltsverzeichnis*

ee) Hinweise auf im Jahresabschluss ausgewiesene Beträge	100
ff) Comply or Explain	101
3. CSR-Rahmenwerke und Leitlinien der Kommission	102
4. Ausnahmen und Erleichterungen	104
a) Die „Safe-Harbour“-Regelung, §§ 289e, 315c Abs. 3 HGB	104
b) Der gesonderte Bericht, §§ 289b Abs. 3, 315b Abs. 3 HGB	105
c) Befreiung innerhalb des Konzerns, §§ 289b Abs. 2, 315b Abs. 2 HGB	106
5. Kontrolle und Sanktionen	107
a) Kontrolle durch die Gesellschaftsorgane	107
b) Kontrolle durch den Abschlussprüfer	108
c) Staatliche Kontrolle und Sanktionen	109
aa) Festsetzung eines Ordnungsgeldes, § 335 HGB	110
bb) Straftatbestände	111
(1) § 331 Nr. 1 und 2 HGB	111
(2) § 331 Nr. 3a HGB	112
cc) Ordnungswidrigkeiten, § 334 Abs. 1 Nr. 3 und 4 HGB	112
d) Klagemöglichkeit der Stakeholder („private enforcement“)	113
E. Zusammenfassung	114
2. Kapitel	117
§ 1 Begriffsarbeit tut Not	117
§ 2 CSR – Ein interdisziplinärer Schlüsselbegriff	119
A. Allgemeines	119
B. Die interdisziplinären Schlüsselbegriffe	120
I. Gemeinsame und übergeordnete Begriffe	120
II. Die Funktionen	121
1. Verständigungsfunktion	121
2. Vernetzungs- und Speicherungsfunktion	121
3. Heuristische Funktion	122
4. Rechtspolitische Funktion	123
5. Rechtsdogmatische Funktion	123

III. Das Verhältnis zu den Rechtsbegriffen und der juristischen Dogmatik	123
1. Rechtsbegriffe	124
a) Rechtssatzbegriffe	124
b) Rechtsdogmatische Begriffe	125
aa) Interpretierende Rechtsbegriffe	125
bb) Systematische Rechtsbegriffe	126
(1) Begriffe des äußeren Systems	127
(2) Begriffe des inneren Systems	128
2. Abgrenzung von Rechts- und Schlüsselbegriffen	129
3. Die rechtsdogmatische Bedeutung der interdisziplinären Schlüsselbegriffe	129
a) Die verschiedenen Kategorien	130
b) Funktion und Wirkungsweise innerhalb des Rechtssystems	131
aa) Äußeres Rechtssystem	131
bb) Inneres Rechtssystem	132
c) Funktion und Wirkungsweise im Rahmen der Interpretation	133
C. Zusammenfassung	134
§ 3 „C“ wie „Corporation“	135
A. Allgemeines	135
B. Die Kapitalgesellschaft	136
I. Was sie ist	136
1. Privatautonom gegründetes und privatrechtlich verfasstes Zweckgebilde	136
2. Körperschaft	137
3. Organisation	138
4. Juristische Person	140
5. Inhaber von Eigenkapital	140
II. Definition	141
III. Was sie nicht ist	141
1. Juristische Fiktion	141
2. Reale Verbandsperson	142
3. Organisiertes Sondervermögen	143
4. Nexus of Contracts	143
C. Das Unternehmen	144
I. Der enge Unternehmensbegriff	144
II. Der äquivalente Unternehmensbegriff	145
III. Der weite Unternehmensbegriff	146

*Inhaltsverzeichnis*

D. Corporation = Kapitalgesellschaft	146
E. Zusammenfassung	147
§ 4 „S“ wie „Social“	148
A. Society, Stakeholder und Interesse	148
B. Das Interesse	150
I. Die Funktion des Interessenbegriffs	150
II. Interessenjurisprudenz	151
III. Interesse, Gut, Belang und Tugend	153
1. Interesse und Gut	153
2. Interesse und Belang	156
3. Interesse und Tugend	157
IV. Die Interessen der Individuen, der Personenverbände und der Körperschaften	158
1. Individualinteressen	158
a) Der Mensch als Interessenträger	158
b) Die Individualgüter	158
c) Das verbindende Moment	159
aa) Die subjektiv-faktischen Individualinteressen	159
bb) Die objektiv-wahren Individualinteressen	160
(1) Der Ansatz von Hans J. Wolff	160
(2) Kritik	161
(3) Stellungnahme	162
(a) Keine öffentlichen oder verallgemeinerungsfähigen Interessen	162
(b) Die gemischt subjektiv-objektiven Interessen	162
(c) Die objektiv-wahren Interessen als ideale Interessen	163
(d) Die wohlverstandenen Interessen	165
(e) Keine Entmündigung des Einzelnen	167
2. Die Interessen von Personenverbänden und Körperschaften	169
a) Der Ansatz von Wolff/Bachof/Stober	169
b) Stellungnahme	169
aa) Zweck, Wohl und objektiv-wahre Interessen	169
bb) Die subjektiven(-faktischen) Interessen	171
cc) Die wohlverstandenen Interessen	172

V. Das öffentliche Interesse	172
1. Ideengeschichtliche Grundlagen des Gemeinwohls	173
a) Republikanisches Gemeinwohlverständnis	173
aa) Republik und Gemeinwohl in der Antike	173
bb) Republik und Gemeinwohl bei Jean-Jacques Rousseau (1712-1778)	174
b) Totalitäres Gemeinwohlverständnis	177
c) Liberales Gemeinwohlverständnis	180
aa) Grundzüge des Liberalismus	180
bb) Liberalismus und Gemeinwohl	181
cc) Die pluralistische Gemeinwohlkonzeption	183
2. Das Verständnis des Grundgesetzes	184
a) Träger des öffentlichen Interesses	185
aa) Die Unterscheidung von Staat, Gesellschaft und staatlichem Gemeinwesen	185
bb) Die (Zivil-)Gesellschaft als Träger des öffentlichen Interesses?	186
cc) Die Allgemeinheit als Träger des öffentlichen Interesses	187
dd) Der Staat als treuhänderischer Vertreter des öffentlichen Interesses	189
b) Das vermittelnde Moment	190
aa) Die Unterscheidung von öffentlichen und privaten Interessen	190
bb) Subjektiv-faktische, wohlverstandene und objektiv-wahre öffentliche Interessen	192
(1) Subjektiv-faktische öffentliche Interessen	193
(2) Wohlverstandene öffentliche Interessen	193
(3) Objektiv-wahre öffentliche Interessen	194
c) Das Gut des öffentlichen Interesses: Das Gemeinwohl	199
C. Zusammenfassung	201
§ 5 „R“ wie „Responsibility“	202
A. Verantwortung als Rechtsbegriff	203
B. Verantwortung als Schlüsselbegriff	205
I. Die „Standardtheorie“ der Verantwortung	205
II. Ein sozialer Mechanismus zur normativen Steuerung menschlichen Verhaltens	208
1. Sinn und Zweck von Verantwortung	208
2. Der Steuerungsansatz	208

*Inhaltsverzeichnis*

3. Normentheorie	210
a) Die Norm	210
b) Der Normgegenstand: Menschliches Verhalten	211
c) Die drei Normakteure: Normgeber, Normadressat und Normbegünstigter	212
d) Geltung und Wirksamkeit	212
e) Sein und Sollen	213
f) Moralnormen und Rechtsnormen	215
aa) Moral	216
(1) Heteronome Moral	216
(2) Autonome Moral	217
(3) Sittlichkeit	218
(4) Ethik	219
bb) Recht	220
cc) Das Verhältnis von Recht und Moral	221
(1) Das Kreise-Modell	221
(2) Normen des Guten und Gerechten	223
(3) Moralität und Legalität	224
g) Konditionale und kategorische Normen – Zweck- und Handlungsnormen	226
h) Normen der Pflichten- und der Folgenethik	227
aa) Normen der Pflichtenethik	228
bb) Normen der Folgenethik	229
i) Regeln und Prinzipien	230
j) Primär- und Sekundärnormen	231
aa) Primär- und Sekundärnormen des Rechts	231
(1) Verhaltens- und Sanktionsnormen	231
(2) Bestimmungs- und Bewertungsnormen	233
(3) Handlungs- und Kontrollnormen	234
(4) Das Verhältnis von Primär- und Sekundärnorm	234
bb) Primär- und Sekundärnormen der Moral	235
4. Zwischenergebnis	236
III. Verantwortung als fünfstelliger Relationsbegriff	237
1. Der Verantwortungsgegenstand	237
a) Das Verhältnis von prospektiver und retrospektiver Verantwortung	237
b) Verantwortung für die Beeinflussung oder Nichtbeeinflussung von Gütern	239
c) Materielle und verbale Verantwortung	240

d) Eigen- und Fremdverantwortung für das Wohl und sonstige Güter	241
2. Die Verantwortungsnormen	241
a) Keine rein kausale Verantwortung	242
b) Verantwortung als soziales Konstrukt	242
c) Verantwortung als sekundäres Konzept	243
d) Rechtliche, moralische und sittliche Verantwortung	243
e) Formen der Verantwortung	244
aa) Materielle Verantwortung	244
(1) Eigenverantwortung	244
(2) Fremdverantwortung	246
(a) Primärverantwortung	246
(aa) Erhaltungsverantwortung	246
(aaa) Nichtbeeinträchtigungsverantwortung	247
(aaaa) Die allgemeine Verkehrssicherungspflicht als zivilrechtliches Paradigma	248
(bbbb) Die materielle Polizeipflicht als öffentlich-rechtliches Paradigma	250
(cccc) Die zugrundeliegenden Prinzipien	251
(bbb) Schutzverantwortung	253
(bb) Verwirklichungsverantwortung	255
(aaa) Spezielle Verwirklichungsverantwortung	255
(bbb) Endzweckverantwortung	256
(b) Sekundärverantwortung	257
(aa) Beeinträchtigungsverantwortung	257
(aaa) Die retrospektive Dimension	257
(bbb) Die prospektive Dimension	259
(bb) Nichtverwirklichungsverantwortung	260
(aaa) Die retrospektive Dimension	260
(bbb) Die prospektive Dimension	261
(c) Das Verhältnis der verschiedenen Formen materieller Fremdverantwortung zueinander	261
bb) Verbale Verantwortung	262

*Inhaltsverzeichnis*

f)	Inhalt, Struktur und Begründung von Verantwortungsnormen	264
aa)	Endzweckverantwortung	265
(1)	Norminhalt und Normstruktur	265
(2)	Normbegründung	265
bb)	Nichtbeeinträchtigungsvantwortung	266
(1)	Norminhalt und Normstruktur	266
(2)	Normbegründung	267
g)	Zur Notwendigkeit einer Abwägungsentscheidung	270
3.	Die drei Verantwortungsakteure	271
a)	Verantwortungsträger	271
aa)	Fähigkeiten und Möglichkeiten des Verantwortungsträgers	272
(1)	Identität	272
(2)	Autonomie	272
(3)	Macht	273
(4)	Wissen	274
(5)	Rationalität	275
bb)	Der Mensch als Verantwortungsträger	276
b)	Der Verantwortungsbegünstigte	277
aa)	Anforderungen und Eigenschaften	277
bb)	Wider die Standardtheorie	278
c)	Verantwortungsinstanz	280
aa)	Die Instanz als Normgeber und Steuerungssubjekt	280
bb)	Das Verhältnis zum Verantwortungsbegünstigten	281
C.	Zusammenfassung	281
3.	Kapitel	285
§ 1	CSR – Reaktion auf ein Defizit an normativer Steuerung	285
A.	Das wirtschaftsliberale Modell unternehmerischer Verantwortung	285
I.	Die Position Friedmans	285
II.	Die fünf Verantwortungselemente	288
1.	Der Verantwortungsträger	289

2. Die Verantwortungsnormen	290
a) Gewinnmaximierungsgebot und Austauschverträge	290
aa) Homo Oeconomicus	290
bb) Das Unternehmen nach neoklassischer Vorstellung	291
(1) Gewinnmaximierung als Rechtspflicht	292
(2) Gewinnmaximierung als moralische Pflicht	292
(a) Der Abschluss von Austauschverträgen am Markt	293
(b) Der Marktmechanismus	294
cc) Gewinnmaximierung und Shareholder-Value	294
b) Die Rahmenordnung	296
3. Die Verantwortungsbegünstigten	297
4. Verantwortungsgegenstand	299
5. Die Verantwortungsinanz	299
B. CSR - Reaktion auf ein Defizit an normativer Steuerung	300
I. Defizit an normativer Steuerung und governance gaps	300
II. Ursachen für das Defizit an normativer Steuerung	302
1. Das Individuum als Verantwortungsträger und Steuerungsobjekt	302
2. Steuerungsdefizite des Gewinnmaximierungsgebots	304
a) Fundamentalkritik	304
aa) Gewinnmaximierung als moralische Pflicht	304
bb) Gewinnmaximierung als rechtlich vorgegebener Gesellschaftszweck	305
b) Negative externe Effekte	306
3. Steuerungsdefizite der Austauschverträge	307
a) Unvollständige Verträge	307
b) Störung der Vertragsparität	308
4. Steuerungsdefizit der Rahmenordnung	309
a) Steuerungsdefizit von Staat und Recht	309
aa) Moderne Gesellschaft	310
bb) Globalisierung	312
b) Steuerungsdefizit der Gesellschaft und Sozialmoral	314
5. Gestiegene Erwartungen der Öffentlichkeit	315
C. Zusammenfassung	316

*Inhaltsverzeichnis*

§ 2 Das CSR-Konzept	317
A. Verantwortungsträger und Steuerungsobjekt: die Kapitalgesellschaft	317
I. Die Kapitalgesellschaft als Verantwortungsträger	317
1. Allein der Mensch ist Träger moralischer Verantwortung	318
2. Die Kapitalgesellschaft als moralische Person	318
3. Die Kapitalgesellschaft als moralischer Akteur	319
II. Die Kapitalgesellschaft als Steuerungsobjekt	321
III. Zwischenergebnis	323
B. Die Verantwortungsbegünstigten: Stakeholder	323
I. Nähere Begriffsbestimmung	323
1. Primäre Stakeholder: Interessenträger	324
2. Sekundäre Stakeholder: Interessenvertreter	325
II. Interne und externe Dimensionen	326
1. Interne und externe Stakeholder	326
2. Interne und externe CSR	327
III. Verantwortung gegenüber der Gesellschaft?	329
IV. Zwischenergebnis	330
C. Der Verantwortungsgegenstand	331
I. Der Verantwortungsbegriff des CSR-Konzepts	331
II. CSR als korporative Freigiebigkeit	332
III. CSR als verantwortungsvolle Geschäftstätigkeit	335
1. CSR und Gesellschaftszweck	336
a) Der Stakeholder-Value-Ansatz	337
b) Gemeinwohl und Gemeinwohl-Ökonomie	338
c) Nachhaltigkeitsprinzip	339
2. Die relevanten Aspekte	342
a) Achtung der Menschenrechte (§ 289c Abs. 2 Nr. 4 HGB)	343
b) Arbeitnehmerbelange (§ 289c Abs. 2 Nr. 2 HGB)	345
c) Umweltbelange (§ 289c Abs. 2 Nr. 1 HGB)	346
d) Bekämpfung von Korruption und Bestechung (§ 289c Abs. 2 Nr. 5 HGB)	346
3. Organisationsführung und Due-Diligence-Prozesse	347
IV. CSR als politische Mitverantwortung	350
1. CSR-Literatur	350
2. § 289c Abs. 2 HGB, CSR-Richtlinie und ISO 26000	351
V. Zwischenergebnis	353

D. Die Verantwortungsnormen der CSR	354
I. CSR aufgrund von Rechtsnormen	354
II. CSR aufgrund von Verhaltensgeboten der Ethik und Normen der Moral	357
1. Nichtökonomische Ansätze: Normatives CSR	358
a) Die Vielfalt der Ansätze	358
b) Corporate Citizenship	359
aa) Die Kapitalgesellschaft als guter Unternehmensbürger	360
bb) Die (große) Kapitalgesellschaft als quasi-staatlicher Akteur	361
(a) Das „Unternehmen an sich“	362
(b) Die Großunternehmung als quasi-öffentliche Institution	364
(c) Die Kapitalgesellschaft als Administrator der Bürgerrechte	365
2. Die ökonomischen Ansätze: Strategisches CSR	366
a) Ökonomische Wirtschaftsethik	366
b) The business case for CSR	367
aa) Erzielung ökonomischer Vorteile	368
bb) Vermeidung ökonomischer Nachteile - insbesondere des Verlusts der license to operate	368
cc) Win-Win-Situation: „Creating Shared Value“	369
3. CSR – Eigeninteresse und Altruismus	370
a) Das Meinungsspektrum	370
b) CSR und Eigeninteresse	371
c) CSR und Altruismus	373
III. CSR aufgrund von soft law	376
1. CSR-Rahmenwerke als Normen des Rechts?	377
2. CSR-Rahmenwerke als Normen der Moral?	378
3. CSR-Rahmenwerke als Standards freiwilliger Selbstverpflichtung?	379
a) „Freiwillige“ Standards	379
b) „Freiwillige“ Selbstverpflichtung	379
aa) Moralische Selbstverpflichtung	380
bb) Rechtliche Selbstverpflichtung	380
(1) Öffentliche Erklärung	381
(2) Erklärung gegenüber Vertragspartnern	382
IV. CSR-Verständnis der EU	382

*Inhaltsverzeichnis*

V. Zwischenergebnis	385
E. Verantwortungsinanz	387
I. Pluralisierung der Verantwortungsinanz	387
II. Transparenz und Rechenschaftspflicht	388
III. Durchsetzung und Sanktionierung der CSR	390
F. Zusammenfassung	391
4. Kapitel	394
§ 1 Die Verantwortungsfähigkeit der Kapitalgesellschaft	394
A. Einführung	394
B. Die Kapitalgesellschaft als Träger rechtlicher Verantwortung	394
I. Zivilrechtliche Verantwortung	395
1. Identität: Firma und Sitz	396
2. Autonomie: Die Kapitalgesellschaft als Willens- und Handlungseinheit	396
3. Macht: Die Kapitalgesellschaft als Wirkungseinheit	397
4. Wissen: Die Kapitalgesellschaft als Wissensseinheit	399
5. Rationalität: Die Kapitalgesellschaft als rationaler Akteur	399
II. Polizeirechtliche Verantwortung	400
III. Strafrechtliche Verantwortung	401
1. Strafrechtliche Verantwortung nach geltendem Recht	401
2. Auswirkungen der CSR-Richtlinie	403
C. Die Kapitalgesellschaft als Träger moralischer Verantwortung	404
§ 2 Die soziale Verantwortung der Kapitalgesellschaften nach geltendem Recht	406
A. Fragestellung	406
B. Der Zweck der Kapitalgesellschaft	407
I. Einführung	407
II. Der Satzungszweck	409
1. Die Bedeutung des Satzungszwecks	409
2. Satzungszweck und Unternehmensgegenstand	410
3. Ausdrücklich geregelter Satzungszweck	411
4. Konkludent mitgeregelter Satzungszweck	411
a) GmbH	412
b) AG	412
5. Die zwecklose Aktiengesellschaft nach Großmann	414
6. Zusammenfassung	416

III. Der Inhalt von Gesellschaftsinteresse und Unternehmensinteresse	416
1. Einführung	416
2. Das Prinzip der Interesseneinheit	417
3. Das Gesellschaftsinteresse	418
a) Gesellschaftsinteresse und Gesellschaftszweck	418
b) Die Kapitalgesellschaft als Interessenträger im Rechtssinne	420
c) Zusammenfassung	421
4. Das Unternehmensinteresse	421
a) Deskriptiv-analytisches und prozedurales Verständnis	422
b) h.L.: Gemischt materiell-prozedurales Verständnis	423
aa) Bestand und dauerhafte Rentabilität des Unternehmens	423
bb) Abwägung	424
(1) Abwägung der maßgeblichen Interessen	424
(2) Materielle Vorgaben	425
c) Verhältnis von Unternehmensinteresse und (satzungsmäßigem) Gesellschaftszweck	427
d) Zwischenergebnis	428
IV. Gesellschaftsinteresse versus Unternehmensinteresse	429
1. Korporative Eigenverantwortung versus gesetzlich verordnete Sozialverantwortung	429
a) Unternehmensinteresse kraft § 76 Abs. 1 AktG und §§ 35 Abs. 1, 43 Abs. 1 GmbHG?	430
aa) § 76 Abs. 1 AktG	430
(1) Historische Auslegung: Fortgeltung des § 70 Abs. 1 AktG 1937	430
(2) Sinn und Zweck	434
bb) §§ 35 Abs. 1, 43 Abs. 1 GmbHG	436
b) Unternehmensinteresse kraft Mitbestimmungsrecht?	437
c) Unternehmensinteresse kraft Ziffer 4.1.1 des DCGK?	440
d) Unternehmensinteresse kraft sozialer Marktwirtschaft?	442
e) Unternehmensinteresse kraft Art. 14 Abs. 2 GG?	444

*Inhaltsverzeichnis*

f)	Unternehmensrechtliche Ansätze	446
aa)	Die Sozialverbandslehre nach Thomas Raiser	447
bb)	Die Identitätslehre nach Werner Flume	449
g)	Rezeption des Unternehmensinteresses in der Rechtsprechung	452
h)	Unternehmensinteresse und CSR	454
aa)	Nachhaltigkeitsprinzip	454
(1)	Primäres Unionsrecht und Verfassungsrecht	454
(2)	§ 87 Abs. 1 S. 2 AktG	455
(a)	Die Auffassung von Norbert Röttgen und Hans-Georg Kluge	456
(b)	Die herrschende Lehre	456
(c)	Stellungnahme	457
bb)	Gemeinwohl und Gemeinwohl-Ökonomie	461
cc)	Corporate Citizenship	464
(1)	Die Kapitalgesellschaft als good corporate citizen?	464
(2)	Die (große) Kapitalgesellschaft als quasi- staatlicher Akteur?	467
(a)	Bisherige Rechtslage	467
(b)	<i>Peter Hommelhoff</i> und das große Unternehmen von öffentlichem Interesse	469
i)	Zwischenergebnis	474
2.	Interessenpluraler versus interessenmonistischer Satzungszweck	474
a)	Rechtlicher Rahmen für die satzungsmäßige Zweckbestimmung	475
aa)	Gewinnmaximierung	475
bb)	Maximierung des shareholder value	477
cc)	Normative CSR-Konzepte	478
b)	Inhalt des konkludent mitgeregelten Satzungszwecks der typischen Kapitalgesellschaft	479
aa)	Gewinnerzielung	479
bb)	Keine Gewinnmaximierung oder Maximierung des shareholder value	480
cc)	Kein interessenpluraler Satzungszweck	482
c)	Zwischenergebnis	484

C. Die rechtliche Primärverantwortung gegenüber den (sonstigen) Stakeholdern	485
I. Achtung der Menschenrechte, § 289c Abs. 2 Nr. 4 HGB	486
1. Grundsatz: Keine unmittelbare Menschenrechtsverantwortung	486
2. Einfachgesetzliche Verantwortung für die Schutzgüter der Menschenrechte	488
a) Rechtliche Gefahrenverantwortung	488
aa) Allgemeine Verkehrssicherungspflicht und materielle Polizeipflicht	488
bb) Rechtliche Gefahrenverantwortung als „baseline responsibility“	489
b) Mittelbare Drittwirkung der Grundrechte	490
c) Unbestimmte Rechtsbegriffe und CSR-Rahmenwerke	492
aa) Eignung	493
bb) Verbindlichkeit	494
3. Zwischenergebnis	496
II. Umweltbelange, § 289c Abs. 2 Nr. 1 HGB	497
III. Arbeitnehmerbelange, § 289c Abs. 2 Nr. 2 HGB	498
IV. Sozialbelange, § 289c Abs. 2 Nr. 3 HGB	500
V. Bekämpfung von Korruption und Bestechung, § 289c Abs. 5 HGB	500
VI. Zusammenfassung	502
D. Gesellschaftsrechtlicher Rahmen für überobligatorische CSR-Maßnahmen	503
I. Überobligatorische CSR-Maßnahmen	503
II. Gesellschaftsrechtlicher Rahmen der AG	504
1. Überobligatorische CSR-Maßnahmen des Vorstands	504
a) Gesellschaftsinteresse	504
b) Angemessenheit	506
c) Unternehmensgegenstand	508
d) Transparenz	511
2. CSR-Maßnahmen der Hauptversammlung	513
III. Gesellschaftsrechtlicher Rahmen der GmbH	515
1. Geschäftsführer	515
2. Gesellschafterversammlung	516
E. Zusammenfassung	517

*Inhaltsverzeichnis*

§ 3 Verbale Verantwortung nach der CSR-Richtlinie	521
A. Auslegungsfragen	521
I. § 289c Abs. 1 HGB	521
II. § 289c Abs. 3 HGB	522
1. Wesentlichkeit der Angaben	522
a) Wortlaut	523
b) Systematik	523
c) Entstehungsgeschichte	524
d) Sinn und Zweck	526
2. Wesentlichkeit der Risiken	528
3. Die von der Kapitalgesellschaft verfolgten Konzepte	530
III. § 289c ff. HGB – der Begriff der „Aspekte“	531
IV. § 289e HGB – die „Safe-Harbour“-Regelung	531
B. Kritische Beurteilung	534
I. Handwerkliche Mängel	534
II. Bilanzrechtliche Bewertung	536
1. Harmonisierung zweifelhaft	536
2. Funktionale Überdehnung des Lageberichts	537
III. Gesellschaftsrechtliche Bewertung	539
1. § 289c Abs. 1 HGB als Chance für einen transparenten Gesellschaftszweck	539
2. Inkonsistentes CSR-Verständnis der EU	540
IV. Primäres EU-Recht und Verfassungsrecht	541
1. Demokratieprinzip	542
a) Bedeutungsverlust von Parlamentsgesetz und Parlament	542
b) Die politische Mitverantwortung von Kapitalgesellschaften	544
c) Die Rolle der NGOs	547
2. Rechtsstaatsprinzip	548
a) Rechtssicherheit	549
aa) Bestimmtheitsgebot	549
bb) Gebot der Widerspruchsfreiheit des Rechts	550
cc) Vertrauensschutz	550
b) Rechtssicherheit, Gerechtigkeit und staatliche Souveränität	552
c) Rechtsbegriff	554
d) Rechtsstaatliches Verteilungsprinzip	554
e) Das Nemo-tenetur-Prinzip	556

f) Sektoraler Staat	557
aa) Sektoraler Staat als Gegenentwurf des totalen Staats	557
bb) Der sektorale Staat und das Konzept regulierter Selbstregulierung	561
cc) Der sektorale Staat und die moralischen Grundlagen des Gemeinwesens	566
5. Kapitel: Abschließende Betrachtung	570
Literaturverzeichnis	577



## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für civilistische Praxis (Zeitschrift)
a.E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
APf	Archiv für Presserecht (Zeitschrift)
AG	Aktiengesellschaft / Arbeitsgericht / Amtsgericht
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
allg.	allgemein
AktG	Aktiengesetz
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte (Zeitschrift)
ArbSchG	Arbeitsschutzgesetz
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie (Zeitschrift)
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BauGB	Baugesetzbuch
BB	Betriebsberater (Zeitschrift)
Beschl.	Beschluss
BetrSichV	Betriebssicherheitsverordnung
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBBl.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
Bgr.	Begründer
BImSchG	Bundesimmissionsschutzgesetz
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales

*Abkürzungsverzeichnis*

BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BR-Drs.	Bundesratsdrucksachen
BReg	Bundesregierung
BR-PIPr.	Plenarprotokoll(e) des Bundesrats
BT	Besonderer Teil
BT-Drs.	Bundestagsdrucksachen
BT-PIPr.	Plenarprotokoll(e) des Bundestags
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich Demokratische Union
CC	Corporate Citizenship
CG	Corporate Governance
CSR	Corporate Social Responsibility
CSU	Christlich Soziale Union
CSV	Creating Shared Value
dass.	dasselbe
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DCGK	Deutscher Corporate Governance Kodex
ders.	derselbe
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe
Die Verwaltung	Die Verwaltung (Zeitschrift)
DIN	Deutsches Institut für Normung
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DrittelbG	Drittelbeteiligungsgesetz
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
EEWärmeG	Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
Einf.	Einführung

Einl.	Einleitung
EG	Europäische Gemeinschaft
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
EnEV	Energieeinsparverordnung
EPA	Environmental Protection Agency
et al.	et alia
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift (Zeitschrift)
EUR	Euro
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
e.V.	Eingetragener Verein
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWSA	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
f.	der, die, das Folgende
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht (Zeitschrift)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FAZ-online	Online Ausgabe der FAZ
ff.	die Folgenden
FG	Festgabe
FPR	Familie, Partnerschaft, Recht (Zeitschrift)
FR	Finanzrundschau (Zeitschrift)
FS	Festschrift
Fn.	Fußnote
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GCUN	Global Compact der Vereinten Nationen
GewArch	Gewerbearchiv (Zeitschrift)
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH & Co. KG	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft
GmbHG	Gesetz über die Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau (Zeitschrift)

*Abkürzungsverzeichnis*

GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GRI	Global Reporting Initiative
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GwG	Geldwäschegesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
h.L.	herrschende Lehre
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
HS	Halbsatz
i.e.S.	im engeren Sinne
ILO	Internationale Arbeitsagentur (International Labour Organization)
IRZ	Zeitschrift für internationale Rechnungslegung (Zeitschrift)
ISO	Internationale Organisation für Normung (International Organization for Standardization)
i.w.S.	im weiteren Sinne
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
JURA	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JW	Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
KAGB	Kapitalanlagegesetzbuch
KG	Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KJ	Kritische Justiz (Zeitschrift)
KMU	kleine und mittlere Unternehmen
krit.	kritisch
KWG	Kreditwesengesetz
LG	Landgericht
lit.	littera
LSG	Landessozialgericht

Mio.	Million(en)
MitbestG	Mitbestimmungsgesetz
Mrd.	Milliarde(n)
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NGO	Nichtregierungsorganisation (Non-governmental organization)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
No.	Number(s)
Nr.	Nummer(n)
NRW	Nordrhein-Westfalen
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Zeitschrift)
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht (Zeitschrift)
NZZ	Neue Züricher Zeitung
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
PolG	Polizeigesetz
RefE	Referentenentwurf
RegE	Regierungsentwurf
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
S.	Seite / Satz
sog.	sogenannte, -er, -es
StGB	Strafgesetzbuch
TATuP	Technikfolgenabschätzung - Theorie und Praxis (Zeitschrift)
u.	und
u.a.	unter anderem
Uabs.	Unterabsatz
UN	Vereinte Nationen (United Nations)
UNGC	Global Compact der Vereinten Nationen

*Abkürzungsverzeichnis*

UN-Leitprinzipien	Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen
UPR	Umwelt- und Planungsrecht (Zeitschrift)
Urt.	Urteil
USD	US-Dollar
usw.	und so weiter
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
UWG	Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb
v.	vom
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
Var.	Variante
VersR	Versicherungsrecht (Zeitschrift)
VerwArch	Verwaltungsarchiv (Zeitschrift)
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VorstAG	Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WM	Wertpapiermitteilungen / Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht (Zeitschrift)
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge (Zeitschrift)
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft (Zeitschrift)
zfbf	Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung (Zeitschrift)
zfwu	Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik (Zeitschrift)
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht (Zeitschrift)
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
Ziff.	Ziffer(n)
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)

*Abkürzungsverzeichnis*

ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik (Zeitschrift)
zit.	zitiert
ZRFC	Risk, Fraud & Compliance (Zeitschrift)
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft (Zeitschrift)
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht (Zeitschrift)
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft (Zeitschrift)

